

A10NEU Kommunen stärken, Investitionen sichern und Klima schützen

Antragsteller*in: Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt),
 Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt)

1 Unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen kommt aktuell in dreifacher Hinsicht
2 eine Schlüsselrolle zu. Sie sichern die kommunale Daseinsvorsorge ihrer
3 Bürger*innen vor Ort, bewältigen die gesundheitlichen Herausforderungen der
4 Corona-Pandemie und sorgen mit ihren Investitionen in Nachhaltigkeit und
5 Klimaschutz dafür, dass wir zwei Krisen zusammen denken und lösen können: die
6 Corona-bedingte Konjunkturkrise und die fortschreitende Klimakrise.

7 Mit Schulgebäuden, Kitas und der Abfallentsorgung stellen unsere Kommunen die
8 elementare Infrastruktur. Mit Bussen und Bahnen sorgen sie für die Mobilität
9 ihrer Bürger*innen. Mit ihren vielfältigen freiwilligen Aufgaben vor allem im
10 Bereich von Sport und Kultur tragen sie entscheidend zur Lebensqualität vor Ort
11 bei. In der Corona-Krise haben Städte, Gemeinden und Landkreise mit ihren
12 Krankenhäusern und Gesundheitsämtern einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet,
13 die Pandemie in den Griff zu bekommen. Auch in der Phase der schrittweisen
14 Lockerungen und eines abklingenden Infektionsgeschehens ist die lokale Ebene von
15 entscheidender Bedeutung.. Denn durch ihre Investitionen in Klimaschutz und
16 Nachhaltigkeit können die Kommunen als größter öffentlicher
17 Investitionsträger einen wichtigen Beitrag zur schnellen konjunkturellen Belebung
18 leisten. Mit ihren vielfältigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten von der
19 Organisation des öffentlichen Nahverkehrs bis zur Stadtentwicklung sitzt die
20 kommunale Hand an wichtigen Hebeln zur Bewältigung der Klimakrise. Ihre Nähe zu
21 den Bürger*innen und ihre guten Kenntnisse der lokalen Begebenheiten sind dabei
22 von großem Vorteil.

23 Obwohl die lokale Ebene eine wesentliche Rolle spielt, haben Bundesregierung und
24 bayerische Staatsregierung die Städte, Gemeinden und Landkreise viel zu lange im
25 Unklaren darüber gelassen, ob und in welcher Form es überhaupt Hilfen geben
26 soll. Die Kommunen brauchen aber Planungssicherheit. Denn um ihre drei
27 Kernaufgaben – Daseinsvorsorge, Gesundheitsschutz und Klimaschutz – kraftvoll
28 schultern zu können, ist die kommunale Ebene krisenbedingt auf die Unterstützung
29 von Bund und Land angewiesen. Deswegen müssen die Hilfen nun schnell beschlossen
30 werden. Wir müssen die Kommunen gemeinsam in der Krise und nach der Krise
31 finanziell auf sichere Beine stellen.

32 **Corona-bedingte Einnahmeausfälle und Mindereinnahmen kompensieren**

33 Die Corona-Pandemie und der daraus folgende Lockdown haben unsere Städte,
34 Gemeinden und Landkreise besonders hart getroffen und vor enorme
35 Herausforderungen gestellt. Die Folgen des Lockdowns machen sich nicht nur in
36 den wenigen verschuldeten und finanzschwachen bayerischen Kommunen bemerkbar,
37 die bereits vor der Krise unter Haushaltssicherung standen oder unter einem
38 hohen Investitionsstau litten. Auch in den Haushalten der finanzstarken
39 bayerischen Kommunen sind die Folgen des Lockdown deutlich spürbar. Vielfach
40 bleiben die Fixkosten bestehen, während die Einnahmen sinken und die Ausgaben
41 steigen. So muss die lokale Ebene auch weiterhin für den Betrieb von Kitas,
42 Museen, Theatern, Bibliotheken oder des ÖPNV aufkommen. Gleichzeitig ist sie
43 aber mit wegfallenden oder zumindest sinkenden Steuereinnahmen, Gebühren und
44 Eintrittsgeldern konfrontiert – auch in Zeiten der schrittweisen Lockerungen.
45 Kitas, Kultur- und Sporteinrichtungen, aber auch Hotels und Gaststätten waren
46 wochenlang geschlossen. Gleichzeitig müssen die Kommunen auch in der Krise ihre
47 Leistungen – häufig mit reduziertem Personal – aufrechterhalten: von der
48 Jugendhilfe über die Sozialämter bis hin zu den Standesämtern. Sie müssen
49 Rechnungen begleichen und Bauanträge bearbeiten. Auch der ÖPNV hat ein
50 reduziertes Angebot beibehalten, aber Ticketkontrollen ausgesetzt.

51 Vor allem die steuerlichen Einnahmeausfälle treffen Städte, Gemeinden und
52 Landkreise hart: Viele Betriebe mussten ihre Produktion zeitweise einstellen
53 oder reduzieren. Auch in absehbarer Zeit wird die Produktion nicht wieder das
54 Vorkrisenniveau erreichen. Darüber hinaus führen steuerliche Erleichterungen für
55 Unternehmen zu Einbußen bei den Kommunen. In der Folge bricht die Gewerbesteuer
56 als wichtigste Einnahmequelle der kommunalen Hand gerade dramatisch ein und wird
57 sich aller Voraussicht nach auch in den Folgejahren nur langsam erholen. Die
58 jüngste Steuerschätzung von Mai geht deutschlandweit allein in diesem Jahr von
59 einem Rückgang bei der Gewerbesteuer gegenüber 2019 um mehr als 13,7 Mrd. Euro
60 aus. Nach dieser Prognose wird die Gewerbesteuer erst 2024 wieder das Niveau von
61 2019 erreichen. Gerade auch in Bayern ist die Gewerbesteuer drastisch
62 eingebrochen. Hart getroffen hat das vor allem die stark touristischen
63 bayerischen Regionen. Auch die Einnahmen aus den kommunalen Einkommen- und
64 Umsatzsteueranteilen werden zurückgehen. Für uns Grüne ist klar, dass Bund und
65 Land gemeinsam die Gewerbesteuerausfälle für dieses Jahr komplett übernehmen
66 müssen. Auf Basis der außerplanmäßigen Steuerschätzung im September ist außerdem
67 zu prüfen, ob Bund und Länder die Kommunen auch in den Folgejahren für die
68 Corona-bedingten Gewerbesteuer-Mindereinnahmen kompensieren sollten.

69
70 Die Finanzierung der Bayerischen Bezirke, die gerade jetzt in Pandemiezeiten mit
71 ihren Aufgaben für psychische Gesundheit und Inklusion im Fokus stehen, haben
72 seit jeher eine prekäre Finanzierung. Eine der Hauptfinanzierungsquellen der
73 dritten kommunalen Ebene ist die Bezirksumlage, die sie von den Landkreisen und
74 kreisfreien Städten erheben. Steuerliche Mindereinnahmen bei Städten, Gemeinden
75 und Landkreisen werden in absehbarer Zeit damit auch die Bezirke treffen, die
76 damit nur die Möglichkeit hätten, die Hebesätze der Bezirksumlage zu erhöhen. Um
77 die Finanzierung der Aufgaben der Bezirke in Gesundheits- und Sozialwesen, aber
78

79 auch in der Pflege und der Kulturarbeit sicherzustellen, brauchen die Bezirke
80 stattdessen eine dauerhafte, planbare Finanzierung, die nicht auf Kosten der
81 umlagezahlenden Kommunen geht. Zudem fordern wir eine konsequente Anwendung des
82 Konnexitätsprinzips: wenn Bundes- und Landesgesetze durch die Kommunen umgesetzt
83 werden sollen, müssen der Bund oder der Freistaat diese Aufgaben auch
84 finanzieren und können hier nicht die Kommunen im Regen stehen lassen und die
Pflichtaufgaben erhöhen ohne die Kommunen dafür zu kompensieren.

85 Neben diesen Einnahmerückgängen steigen gleichzeitig die kommunalen Ausgaben für
86 krisenbedingte Sofortmaßnahmen. Die Landkreise mussten ihre Gesundheitsämter
87 personell aufstocken und zusätzlich ausstatten, die kommunalen Krankenhäuser
88 mussten sich auf die neue Situation einstellen. Auch die Kosten der Unterkunft
89 und Heizung nach SGB II (KdU) nehmen in der Krise deutlich zu und werden aller
90 Voraussicht nach auch in den nächsten Monaten weiter steigen, weil der Zugang
91 zur Grundsicherung für Selbstständige erleichtert wurde. Dass der Bund die
92 Kommunen jetzt im Zuge des Konjunkturpakets bei den sozialen Kosten dauerhaft
93 stärker entlasten will, unterstützen wir Grüne ausdrücklich. Der Bund greift
94 damit eine langjährige Forderung von uns Grünen auf. Es ist richtig, dass der
95 Bund seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft dauerhaft auf 75 Prozent
96 erhöhen und dadurch finanzschwache Kommunen aber auch Landkreise und kreisfreie
97 Städte mit einem hohen Mietenniveau entlasten will. Wir Grüne im Bund und in
98 Bayern unterstützen daher die dafür notwendige Grundgesetzänderung für die
99 Anhebung der Grenze zur Bundesauftragsverwaltung auf 75 Prozent.

100 Auch kommunale Unternehmen in besonders vom Lockdown betroffenen
101 Wirtschaftsbereichen wie Messen, Veranstaltungszentren und Kultureinrichtungen,
102 aber auch Verkehrsbetriebe, Bäder und Museen sind durch Einnahmeausfälle bei
103 fortlaufenden Kosten zum Teil in ihrer Existenz bedroht. Dabei stellen sie den
104 Bürger*innen elementare Leistungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung. Deswegen
105 müssen sie uneingeschränkten Zugang zu den bereits beschlossenen Hilfs- und
106 Kreditprogrammen bekommen. Eine Benachteiligung gegenüber privaten Unternehmen
107 ist nicht nachvollziehbar. Kommunale Unternehmen sind gerade auch in der Krise
108 unverzichtbar für das Leben vor Ort.

109 **Kommunen als größten Investitionsträger stärken und kommunalen Klimaschutz** 110 **unterstützen**

111 Die Kommunen spielen aber nicht nur für die Lebensqualität vor Ort und das
112 Krisenmanagement eine entscheidende Rolle. Auch bei dem Weg aus dem Lockdown und
113 der daraus folgenden wirtschaftlichen Krise kommt ihnen eine Schlüsselrolle zu.
114 Als größter öffentlicher Investitionsträger können die Städte, Gemeinden und
115 Landkreise entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung beitragen, etwa indem
116 sie die Baubranche und das lokale Handwerk mit Aufträgen versorgen. Viele
117 Kommunen haben bereits Pläne für wichtige Zukunftsinvestitionen erarbeitet,
118 beispielsweise für die Sanierung von Schulen und Kitas, aber auch für Projekte
119

120 des kommunalen Klimaschutzes und der nachhaltigen Entwicklung vor Ort, die
121 schnell umgesetzt werden könnten. Mit schnellen und zielgerichteten Hilfen für
122 die bayerischen Städte, Gemeinden und Kreise durch Bund und Land muss die
123 finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Kommunen erhalten und die Grundversorgung
124 der Menschen vor Ort gesichert werden. Wir müssen sicherstellen, dass die
125 Kommunen auch nach der Krise ausreichend finanzielle Mittel haben, um als
größter öffentlicher Investor tätig zu werden.

126 Um die öffentliche Investitionstätigkeit anzukurbeln, müssen einerseits die
127 kommunalen Förderprogramme hinsichtlich der Programmlaufzeiten, der
128 Beantragungsfristen und der Kofinanzierungspflichten unbürokratisch angepasst
129 werden. Denn in der andauernden Krisensituation wird die lokale Ebene auch
130 weiterhin Probleme haben, entsprechende Fristen einzuhalten und ihren
131 Eigenanteil aufzubringen. Gerade jetzt brauchen wir gezielte kommunale
132 Investitionsprogramme für Klimaschutz, Klimaanpassung, nachhaltige Entwicklung
133 und eine nachhaltige Infrastruktur. Die Kommunen sitzen hier durch ihre
134 Zuständigkeiten in vielen klimarelevanten Bereichen an einem wichtigen Hebel.
135 Gleichzeitig fehlt ihnen aber oftmals das Personal um die zur Verfügung
136 stehenden Mittel entsprechend ihrer Bedarfe abzurufen. Deshalb braucht es jetzt
137 mehr denn je eine deutlich stärkere Unterstützung unsere bayerischen Städte,
138 Gemeinden und Landkreise bei der Umsetzung von Maßnahmen für Klimaschutz,
139 Klimaanpassung und nachhaltige Entwicklung.

140 Wir müssen jetzt Maßnahmen umsetzen, damit die Kommunen in der Krise
141 unterstützt, die Konjunktur angekurbelt und der richtige Pfad hin zu wirksamem
142 Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung eingeschlagen wird.

143 Damit Kommunen unterstützt, ihre Handlungsfähigkeit gesichert und nachhaltige
144 Investitionen in den Kommunen angeschoben werden können, fordern wir
145 insbesondere:

- 146 • Die vollständige Kompensation der Corona-bedingten Gewerbesteuerausfälle
147 für 2020 – hälftig finanziert durch Bund und Land. Auf Basis der
148 September-Steuerschätzung ist darüber hinaus zu überprüfen, in welchem
149 Umfang auch in den Folgejahren eine Gewerbesteuer-Kompensation durch Bund
150 und Länder erfolgen muss;
- 151 • die dauerhafte Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft
152 auf 75 Prozent;
- 153 • Öffnung der bereits beschlossenen Hilfsprogramme des Bundes für kommunale
154 Unternehmen;
- 155 • Verlängerung der Laufzeiten und Fristen aller kommunalen Förderprogramme;

- 156 • Verzicht auf die Kofinanzierungspflicht bei Förderprogrammen für einen
157 klar begrenzten Zeitraum;
- 158 • Erhöhung der Städtebauförderung;
- 159 • Einführung attraktiver Zuschüsse für kommunale Dekarbonisierungs-Pläne,
160 insbesondere kommunaler Wärmepläne;
- 161 • Passgenaue Finanzierung von kommunalen Planungs- und Umsetzungsaufträgen
162 in den Nachhaltigkeits-, Resilienz- und Klimaschutzbereichen;
- 163 • Förderung von vielfältigen regionalen Aus- und Weiterbildungsoptionen
164 sowie Umschulungsprogrammen in Berufen, die zur praktische Umsetzung und
165 Planung von Maßnahmen für Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltige
166 Entwicklung beitragen.

Unterstützer*innen

Tina Winklmann (KV Schwandorf), Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm), Johannes Becher (KV Freising), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Judith Bogner (KV Mühldorf), Leon Eckert (KV Freising), Jamila Schäfer (KV München), Oliver Haas (KV München)